

---

**FREIHEIT  
SCHÜTZEN,  
ZUSAMMENHALT  
STÄRKEN,  
TERROR BEKÄMPFEN**

---

[www.gruene-fraktion-bayern.de](http://www.gruene-fraktion-bayern.de)





1 In Bayern gab es in kurzen Abständen drei schreckliche Taten in Würzburg,  
2 München und Ansbach. Unser Mitgefühl gilt den Opfern, den Verletzten und  
3 ihren Angehörigen. Wir danken den Sicherheitsbehörden und Rettungskräften für ihr  
4 schnelles Handeln und ihre gute Arbeit. Und wir danken all den Menschen in unserer  
5 Gesellschaft, die Solidarität zeigen und helfen.

6  
7 Eine offene und solidarische Gesellschaft ist der beste Schutz vor Terror und Gewalt.  
8 Wenn alle ihren Platz in der Gesellschaft finden, alle Hilfe und Unterstützung erhalten, die  
9 sie brauchen und keiner allein gelassen wird, dann gelingt es besser, Terroristen und  
10 Gewalttätern die Stirn zu bieten. Vertrauen schafft Sicherheit. Wer dagegen Vorurteile  
11 gegen vermeintlich andere sät, die Gesellschaft spaltet und Unterstützung verweigert,  
12 schafft ein Klima der Angst, des Misstrauens und der Verunsicherung. Dort können  
13 Ohnmacht und Bereitschaft zur Gewalt besonders gut wachsen. Aus Verunsicherung wird  
14 Unsicherheit. Deshalb treten wir Grüne für einen starken Zusammenhalt, für eine Politik  
15 der guten Nachbarschaft ein. Der demokratische Rechtsstaat mit einer starken  
16 Zivilgesellschaft sorgt für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger. Er tut dies mit  
17 Vernunft und Augenmaß.

18  
19 Die Hintergründe der Taten sind vielschichtig und im Detail noch unklar. Sie müssen  
20 sorgfältig aufgeklärt werden. Nur so können wir die richtigen Schritte einleiten, das Land  
21 sicherer machen und weitere Taten verhindern. Die Motive der drei Täter müssen  
22 differenziert betrachtet werden. In München war der Amoklauf offenbar  
23 rechtsextremistisch motiviert. Die Ermittlungen der Taten in Würzburg und Ansbach  
24 deuten auf Verbindungen zum „IS“ hin.

25  
26 Die Antwort auf diese Herausforderung kann nur lauten, gleichermaßen entschlossen und  
27 besonnen zu handeln. Entschlossen handeln heißt, die Polizei in ihrem Bemühen um mehr  
28 Sicherheit zu unterstützen, etwa durch mehr Personal oder bessere Ausstattung.  
29 Entschlossen handeln heißt, dass Staat und Gesellschaft unmissverständlich klar machen:  
30 Wir verteidigen die Werte der offenen Gesellschaft. Entschlossen handeln heißt, einen  
31 stärkeren Fokus auf Prävention zu legen. Wenn jemand auf die schiefe Bahn gerät, müssen  
32 wir hinschauen und helfen, bevor er Straftaten begeht. Besonnen handeln heißt, die  
33 Freiheit zu schützen anstatt sie einzuengen. Manche der Forderungen, die unter dem  
34 Eindruck der Anschläge hervorgeholt werden, würden uns nicht sicherer machen, aber  
35 weniger frei. Besonnen handeln heißt, Flüchtlinge nicht unter einen Generalverdacht zu  
36 stellen, sondern ihnen die Hand zu reichen zur Integration in unsere Gesellschaft. Wer  
37 heute ausgrenzt, schafft den Nährboden für den Terrorismus von morgen. Besonnen  
38 handeln heißt, dass wir den Zusammenhalt stärken anstatt uns zurückzuziehen und  
39 abzugrenzen.

40



41 Zum besonnenen Handeln gehört es auch, neue Maßnahmen und Gesetze  
42 kritisch zu hinterfragen: Bringen sie wirklich mehr Sicherheit? Oder schränken  
43 sie die Freiheit unverhältnismäßig ein? Wir haben bereits umfassende Möglichkeiten der  
44 Strafverfolgung, die wir bei Bedarf konsequent anwenden können. Alle Maßnahmen  
45 müssen sorgfältig darauf geprüft werden, ob sie verhältnismäßig sind. Das gilt  
46 insbesondere dann, wenn sie die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger  
47 einschränken. Forderungen, die beispielsweise auf mehr Videoüberwachung, Ausweitung  
48 der Vorratsdatenspeicherung, Privatisierung der Sicherheitsaufgaben und Militarisierung  
49 der Innenpolitik abzielen, lehnen wir ab. Sie schränken unsere Freiheit ein, bringen aber  
50 nicht mehr Sicherheit.

51

52

## 53 **Für mehr Sicherheit in unserem Land brauchen wir**

54

### 55 **1. Personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Polizei**

56 Wir möchten eine personell und ressourcenmäßig gut ausgestattete Schutz- und  
57 Kriminalpolizei. Die Einstellung von mehr PolizeibeamtInnen fordern wir schon seit  
58 langem. Bis die neuen PolizistInnen ausgebildet sind, wollen wir die Polizei entlasten.  
59 Dafür fordern wir die Einstellung von zusätzlichen Tarifbeschäftigten an hierfür  
60 geeigneten Stellen, sowie die Entlastung von weniger dringenden Aufgaben (z.B.  
61 Begleitung Schwertransporter, Halterhaftung einführen, etc.). Neben mehr Polizeipräsenz  
62 müssen wir auch v.a. die SpezialistInnen (bsp. beim Thema Cyber) bei der Schutz- und  
63 Kriminalpolizei verstärken. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum. Die Bekämpfung der  
64 Internet- und Computerkriminalität muss deshalb im Rahmen der bestehenden  
65 rechtsstaatlichen Befugnisse und der Verhältnismäßigkeit intensiviert werden. Daneben  
66 muss die Polizei auch ressourcenmäßig gut ausgestattet sein - von einer angemessenen  
67 Schutzkleidung bis hin zu einer schnelleren Einführung einer neuen Dienstwaffe.

68

### 69 **2. Bessere internationale Zusammenarbeit**

70 Internationalem Terror kann man nur mit einer europäischen Polizei- und  
71 Sicherheitspolitik begegnen. Eine stärkere europäische Vernetzung und ein besserer  
72 rechtsstaatlich organisierter Informationsaustausch sind von Nöten. Bereits 2007 gab es  
73 auf europäischer Ebene einen entsprechenden Beschluss, der bis heute von der  
74 Bundesregierung nicht umgesetzt ist. Generell ist die Zusammenarbeit der europäischen  
75 Sicherheitsbehörden nicht so gut, wie sie angesichts der Herausforderung sein sollte. Hier  
76 gilt es, nationalstaatliches Denken beiseite zu schieben und auf Kooperation zu setzen.

77

### 78 **3. Verschärfung des Waffenrechts**

79 Es ist leider immer noch viel zu einfach, an Schusswaffen zu kommen. Dies gilt auch für  
80 den Zugang zu illegalen Schusswaffen und die Gefahr, die von umgebauten



81 Dekorationswaffen ausgeht. Es bedarf dringend einer EU-weiten Anpassung  
82 der zum Teil erheblich differierenden waffenrechtlichen Vorschriften. Wir  
83 brauchen einen besseren Informationsaustausch und eine Verbesserung der  
84 Rückverfolgbarkeit von Waffen. Auch benötigen wir eine einheitliche Kennzeichnung  
85 sowie Standards für die irreversible Deaktivierung von Feuerwaffen. Ein schärferes  
86 Waffenrecht muss auf Bundesebene von der Großen Koalition endlich umgesetzt werden.  
87 Die Bremser der CSU müssen ihre Blockadehaltung aufgeben.

88

#### 89 **4. Konsequentes Vorgehen gegen islamistischen Terrorismus**

90 Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen die dezentrale und vernetzte Organisation von  
91 Terroristen. Dazu gehört auch eine fundierte Analyse, warum und wie Attentäter sich  
92 unterhalb des Radars der Sicherheitsbehörden organisieren können. Der Schwerpunkt  
93 muss auf einer passgenauen und engmaschigen Überwachung konkreter  
94 Verdachtsmomente liegen. Die geltenden Gesetze bieten dafür einen großen  
95 Handlungsspielraum. Islamistische Strukturen und Gefährder müssen lückenlos aufgeklärt,  
96 überwacht und an der Ausreise gehindert werden. Dafür braucht es genügend Personal. In  
97 den Justizvollzugsanstalten muss die Radikalisierung bereits Inhaftierter verhindert und  
98 ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert werden – unter Einbeziehung  
99 muslimischer Seelsorge.

100

#### 101 **5. Konsequentes Vorgehen gegen Rechtsextremismus**

102 Dem massiven Anstieg rechtsextremistischer Taten müssen die bayerischen  
103 Sicherheitsbehörden entschlossen entgegen treten. Ermittlungs- und Fahndungsdruck auf  
104 die rechte Szene muss weiter erhöht werden, um damit die bereits begangenen Taten  
105 schneller aufzuklären und potenzielle Nachahmer abzuschrecken. Auch Hetze und  
106 Gewaltandrohungen in den sozialen Medien müssen stärker verfolgt werden. Die  
107 Staatsregierung muss darüber hinaus alle ihr möglichen Maßnahmen ergreifen, um ein  
108 Verbot der neonazistischen Gruppierungen „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ auf den Weg zu  
109 bringen.

110

111

112

### 113 **Um unsere Freiheit zu schützen, wollen wir**

114

#### 115 **1. Den islamistischen Terrorismus an der Wurzel packen**

116 Die Terror-Anschläge in Europa, die islamistisch motiviert sind, werden in der Mehrheit  
117 von Personen begangen, die hier geboren sind oder schon seit langem in Europa leben. Für  
118 die Radikalisierung, die im Extremfall als terroristischer Attentäter enden kann, ist in der  
119 Regel die Erfahrung entscheidend, von der Gesellschaft nicht akzeptiert zu werden und ein  
120 Außenseiter zu sein. Für kollektive und individuelle Anerkennung zu sorgen, ist deshalb



121 ein entscheidender Schritt, um dem islamistischen Terrorismus den Nährboden  
122 zu entziehen. Der Islam darf nicht länger unter Generalverdacht gestellt  
123 werden. Einzelne Attentäter, die sich auf die Religion berufen, rechtfertigen keine  
124 Vorurteile. Wer das dennoch tut, fällt auf die Strategie der Terroristen herein.  
125 Gewaltbereite Islamisten und Islam-Hasser sind zwei Seiten derselben Medaille. Die  
126 muslimischen Verbände sind wichtige Partner bei Jugendarbeit und Prävention. Bislang ist  
127 noch kaum erforscht, wie und unter welchen Bedingungen sich einzelne Menschen  
128 radikalieren. Deshalb wollen wir entsprechende Forschungsprojekte besser unterstützen.  
129 Außerdem setzen uns für den Aufbau von kommunalen Netzwerken ein – mit Strategien  
130 und Methoden, die zu den Jugendlichen und dem Milieu vor Ort passen. Darüber hinaus  
131 fordern wir ein spezielles Programm für Frauen und Mädchen.

132

### 133 **2. Dem Terror von rechts vorbeugen**

134 Der Kern des rechten Terrors ist Rassismus. Die Vorstellung, dass jemand weniger wert,  
135 weil er zu einer anderen Gruppe gehört, ist in unserer Gesellschaft weit verbreitet. Daraus  
136 ziehen rechte Gewalttäter ihre ideologische Rechtfertigung. Nach allem, was wir wissen,  
137 war auch der Amoklauf in München rassistisch motiviert. Rassismus gibt es in allen Milieus  
138 und Altersgruppen. In den Kommunen und in der Zivilgesellschaft gibt es viele Bündnisse  
139 und Initiativen, die sich des Problems annehmen. Von der CSU-Regierung erhalten sie  
140 kaum Unterstützung. Dort wird das Problem weitgehend ignoriert und manchmal sogar  
141 angeheizt. Um rechtsextremen Ideologien und Terror von rechts den Nährboden zu  
142 entziehen, brauchen wir ein klares Bekenntnis aller gesellschaftlichen Akteure zur  
143 Förderung demokratischer Werte und Überzeugungen. Dem Bekenntnis müssen konkrete  
144 Maßnahmen folgen. Wir schlagen deshalb vor, eine landesweite Koordinierungsstelle  
145 Demokratie einzurichten, die unsere Verwaltung unterstützt und die Initiativen in diesem  
146 Bereich koordiniert. Wir fordern eine bessere finanzielle Unterstützung der lokalen  
147 Bündnisse und Initiativen. Für diejenigen, die sich bereits in rechtsextremen Kreisen  
148 bewegen, müssen wir die Aussteigerhilfe verbessern. Gegen Rechtsextremismus,  
149 Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
150 brauchen wir in Bayern endlich frühzeitige und präventiv einsetzende Maßnahmen. Dazu  
151 gehören u.a. mehr schulische und außerschulische Bildungsangebote zur  
152 Demokratiebildung und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und  
153 gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie die längst überfällige Überarbeitung des  
154 Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus.

155

### 156 **3. Hinsehen und Handeln statt wegschauen**

157 Gerade marginalisierte Menschen und labile Persönlichkeiten können anfällig für  
158 Radikalisierung sein. Wer verzweifelt ist über seine Lebensumstände, keinen Ausweg sieht  
159 und nicht über Familie und Freunde verfügt, die helfen, ist anfälliger für radikale  
160 Ideologien. Sie suggerieren klare Identitäten und Feindbilder, bieten einfache Erklärungen



161 und scheinen dem Leben einen Sinn zu geben. Wer in eine solche Sackgasse  
162 unterwegs ist, braucht Unterstützung. Nur so können wir der Gefahr  
163 vorbeugen, dass am Ende einer solchen fatalen Entwicklung die Bereitschaft für Gewalt  
164 und Verbrechen steht. Für die Unterstützung braucht es erst einmal Menschen, die  
165 Warnsignale wie sozialen Rückzug zu erkennen. Ein engmaschiges Netz von  
166 PsychologInnen und SozialarbeiterInnen in den Schulen ist dafür eine wichtige  
167 Voraussetzung. Zudem brauchen wir genügend Anlaufstellen, die psychologische  
168 Betreuung und Therapie anbieten können, wenn sie nötig ist. Insbesondere Flüchtlinge aus  
169 Bürgerkriegsländern, die schwere Traumata erlitten haben, brauchen ein engmaschiges  
170 Netz aus Betreuungs- und Therapiemöglichkeiten, das ergänzt wird durch eine  
171 ausreichende Zahl von Dolmetschern.

172  
173 Amokläufer und Attentäter wollen durch ihre Taten ihrem Leben einen bestimmten „Sinn“  
174 verleihen. Die Erfahrung zeigt, dass die Gefahr von Nachahmern umso größer ist, je  
175 ausführlicher über die Persönlichkeiten der Attentäter und ihre Motive berichtet wird. Hier  
176 sind vor allem die Medien aufgefordert, verantwortlich zu handeln, diesen Zusammenhang  
177 zu berücksichtigen und den Tätern möglichst wenig Gesicht zu geben.

178 Der Rechtsstaat ist in der Pflicht, alles in seiner Macht stehende zu tun, um Menschen  
179 möglichst vor Schaden zu bewahren. Dafür haben wir einen Vorschlag vorgelegt, der auf  
180 Repression setzt, wo es nötig ist und auf Prävention, wo sie möglich ist. Aber es geht noch  
181 um etwas anderes. Wer glaubt, der Terror lasse sich alleine durch einen starken Staat  
182 bekämpfen, irrt. Es geht um die Haltung der Menschen. Deshalb sagen wir: Es ist Zeit für  
183 ein Bekenntnis zur freien und offenen Gesellschaft. Für sie einzutreten, ist nicht nur  
184 Aufgabe des Staates, sondern aller Bürgerinnen und Bürger und aller gesellschaftlichen  
185 Institutionen. Eine stärkere Waffe gegen Terror als die Überzeugung und Entschlossenheit  
186 aller Demokratinnen und Demokraten gibt es nicht.

**Katharina Schulze, MdL**

Sprecherin für Inneres, Sport und Strategien gegen Rechtsextremismus,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende

[katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de](mailto:katharina.schulze@gruene-fraktion-bayern.de)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
im Bayerischen Landtag  
Maximilianeum, 81627 München

03. August 2016